

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Abdruck bis auf weiteres nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Wilsdruff monatlich 20, durch unsere Kundgeber zugerechnet in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande 20, durch die Post bezogen vierteljährlich 60 mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postboten sowie unsere Kundgeber und Adressstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interimspreis 20, für die 6 gepaltene Korpusgröße oder deren Raum, Restamen, die 2spaltige Korpusgröße 20. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Zeitungsnummern im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2spaltige Korpusgröße 20. Nachweisungsgebühr 25. Anzeigenannahme bis nachmittags 10 Uhr. Für die Nichterfüllung der durch Fernruf übermittelten Aufträgen übernimmt der Herr Charandt, jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

82. Jahrgang. Nr. 6.

Dienstag / Mittwoch 16. / 17. Januar 1923

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

Der Reichskanzler hielt im Reichstage eine große politische Rede zum Protest gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Der Reichstag nahm einen Vertrauensantrag für die Regierung an. Alle zwischen Deutschland und Frankreich stehenden wirtschaftlichen Verhandlungen sind abgebrochen worden. Die Franzosen haben den Vormarsch im Ruhrgebiet weiter ausgedehnt und sind in Bochum eingerückt. Der Termin der Fälligkeit der nächsten deutschen Zahlungen ist von der Reparationskommission vom 15. auf den 31. Januar hinausgeschoben worden. Amerika und England werden auf die deutschen Proteste gegen die Ruhrbesetzung keine Antwort erteilen, dagegen soll von Sowjetrußland ein Einspruch vorliegen.

## Der zerrissene Schleier.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns unter dem 13. Januar geschrieben: Die heutige Sitzung des Reichstages war dazu bestimmt, den Aufstand und die Einleitung zu der nächsten Wilsdruff-Debatte zu bilden, mit der Deutschland den freien Einfall in friedliches deutsches Gebiet beantworten wird. Das Programm lag demgemäß von vornherein fest. In seiner Rede, durch die die Nation noch einmal Auge in Auge vor die vollzogene Tatsache gestellt wurde und die gleichzeitig aus dieser Tatsache die gegebenen moralischen und praktischen Folgerungen zog, unternahm es der leitende deutsche Staatsmann, Reichskanzler Dr. Cuno, allen Selbstbehauptungsinstinkte des deutschen Volkes wachzurufen und Reich und Land zum entschlossensten Widerstande zusammenzuschweißen. Dr. Cuno konnte als verantwortungsbewußter Politiker aber gerade deshalb auch nicht an der Schwere der kommenden Zeit vorbeigehen, denn nur, wenn wir uns klar darüber sind, daß es unserer letzten Kräfte bedürfen wird, wenn wir die drohenden Gefahren bestehen wollen, können wir darauf rechnen, daß wir uns als Volk und als Staat erhalten. Demgemäß war auch am Vormittag in ersten Verhandlungen zwischen den Parteien die Vertrauensformel für das Kabinett Cuno gesucht worden, die nach Lage der Dinge von dem nun einmal bei uns vorhandenen parteipolitischen Verhältnisse abhängt. Und eben wegen dieser Parteiverhältnisse ist denn auch leider ein solcher großer Tag im Leben einer Nation selten frei von jedem Mißklang.

Die Reichsregierung hatte im übrigen aus wirtschaftlicher und bester Vorgehensweise. Als der Botschafter Frankreichs dem deutschen Außenminister den Einbruch ins Ruhrgebiet ankündigte, hatte Herr v. Rosenburg sofort erklärt, die Reichsregierung behalte sich ihre Stellungnahme vor. Vielleicht aber hatte Herr de Margerie zu jener Stunde nicht geahnt, daß die deutsche Antwort in dem Sinne erfolgen könnte, wie sie ihm am Freitag überreicht worden ist. Man dürfte auch in Paris nicht darauf vorbereitet gewesen sein, daß man in Berlin derartig heftig auf Granit stehen würde. Der Text der deutschen Antwort spricht nämlich eine ungemein deutliche und erstuliche Sprache und wird überall im Auslande das entsprechende Verständnis finden. Die Reichsregierung erklärt nämlich kühl und nachdrücklich, daß sie jetzt den Augenblick für gekommen erachte, wo sie den Schleier herabziehen müsse, mit dem die französische Regierung den wahren Charakter ihres Vorgehens zu verhüllen trachte. Und dann geht es Schlag auf Schlag. Auf die läppische Behauptung Poincarés, daß es sich nur um die Einsetzung einer harmlosen Kontrollkommission handelt, wird auf den ungeheuren und ganz kriegsmäßigen Aufwand hingewiesen, mit dem diese Kommission umgeben wird. Dieses Vorgehen habe keinerlei Rechtsgrundlage, es stelle vielmehr die denkbar größte Verletzung des Völkerrechtes und des Versailler Vertrages dar. Wenn die französische Regierung wirklich eine Verbesserung feststellen vermöchte, so könnte als einzige Stütze von Deutschland die Umwandlung der Forderung in Barzahlung verlangt werden. Strafmaßnahmen könnten die Alliierten höchstens in ihrem eigenen Sicherheitsgebiet gegen Deutschland durchführen, niemals aber ließe sich ein Einbruch von Truppen in deutsches Gebiet rechtfertigen. Dann wird darauf hingewiesen, in wie lächerlich geringfügigem Umfange die ungeheuren deutschen Leistungen hinter dem Soll zurückgeblieben sind, und den Schluß bildet die Feststellung, daß die Folge des französischen Vorgehens bereits eine weitere katastrophale Vergrößerung des in Deutschland herrschenden Elends verursacht habe, und daß die deutsche Regierung nicht daran denke, unter den jetzigen Verhältnissen weitere Reparationsleistungen durchzuführen.

Man wird erwarten können, welchen Eindruck diese sehr überzeugungsstärkende Darlegung in der Welt machen wird. In Frankreich wird man so tun, als ob der Schlag nicht schmerzt, den man unversehens erhalten hat; aber man dürfte wohl inzwischen eingesehen haben, daß in Berlin jetzt ein anderer Wind weht. Heute sind zum erstenmal die französischen Journalisten, die seit dem Tage des Waffenstillstandes vielfach die übelsten

und entsetztesten Berichte aus Deutschland heraus-telegraphierten, nicht zu der Reichstags-Sitzung zugelassen worden, und sie haben vermutlich daraus gleichfalls die entsprechende Lehre gezogen. Ferner sind die Kundgebungen des Sonntags ganz dazu angetan, für den entschlossenen Abwehrwillen Deutschlands zu zeugen. Unser Volk ist heute einig in dem unerschütterlichen Entschluß, Frankreich ein „bis hierher und nicht weiter!“ zu rufen, und in diesem entschlossenen Willen liegt zugleich der innere Willensbeschluß, auch in der sich anbahnenden neuen schweren Zeit die letzte und größte Bewährungsprobe zu bestehen.

In diesem Sinne hat die Reichsregierung auch den Schleier zerrissen, hinter dem sich vor der Welt das wahre Gesicht der französischen Ruhrpolitik verbergte, und dieser Tag wird sich sicherlich eines nicht zu fernem Tages lohnen.

## Vormarsch auf Bochum.

Beratung mit den Grubendirektoren.

Die Franzosen haben ihren Vormarsch im Ruhrgebiet fortgesetzt und sind nun auch in Bochum mit einigen Bortruppen eingezogen. Eine Anzahl Direktoren der bedeutendsten Gruben des Gebietes sind auf Grund einer Aufforderung des Präsidenten der Kontrollkommission mit diesem in Essen zu einer Konferenz zusammengetreten. Die Generalbetriebsverwaltung der Reichsbahn, der die Kohlenverteilung untersteht, ist von Essen nach Ebersfeld verlegt worden.

Die Besatzungsbehörde hat die Trauerkundgebung in den Schulen des besetzten Gebietes verboten. In Steele wurde die von den Besatzungstruppen ausgehende französische Fahne bereits nach einer Stunde herabgerissen und zerlegt. Der Bürgermeister hat sich bei dem Kommandanten entschuldigen müssen und einen Aufruf an die Bevölkerung, der vor Erzeffen warnt, anschlagen müssen. Der Proteststreik, der für Montag geplant war, wird nicht im ganzen Reiche, sondern nur im Ruhrgebiet eine halbe Stunde lang durchgeführt werden. Die Leitung des Bergarbeiterbundes Großbritanniens hat eine Entschlossenheit angenommen, in der Protest gegen das Eindringen der Franzosen ins Ruhrgebiet erhoben wird.

Amerika und England werden den deutschen Protest nicht beantworten und weiter abwarten, dagegen hat die Sowjetregierung den alliierten Regierungen eine Note überhandt, in welcher scharfer Protest gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen und Belgier eingelegt wird.

## Das Moratorium um 14 Tage verlängert

Neue Pfändersforderungen.

Die Reparationskommission hat beschlossen, den Termin für die deutschen Zahlungen vom 15. auf den 31. Januar hinauszuschieben. Bei dem französischen Projekt handelt es sich um die Verwallung der deutschen Grenzschleife, ohne zwischen dem Rheinland und dem übrigen Deutschland einen Grenzfordon zu ziehen. Ferner soll auf Konto der Alliierten dieselbe deutsche Steuer erhoben werden, die heute das Reich aus der Kohlenzölle. Dieses Kohlenpfand könne jährlich mindestens 200 Millionen Goldmark einbringen. Die Zölle brächten 180 und die Wälder 400 Millionen Goldmark; dazu kämen weitere 400 Millionen der Naturallieferungen an Kohle und Holz.

## Alle deutschen Länder einig!

Die Reichseinheit über alles.

In der Versammlung der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder in Berlin gab der Reichskanzler ein Bild der allgemeinen Lage und ging in besonderer auf die rechtswidrige Besetzung des Ruhrgebietes ein. Bei der Aussprache billigten die Vertreter der Länder einstimmig das Verhalten der Reichsregierung. Dabei gab der bayerische Ministerpräsident

eine Erklärung ab, in der er sagte: Die feste Haltung der Reichsregierung wird, wie wohl in allen deutschen Ländern, so auch in Bayern, freudige Zustimmung und Unterstützung finden. Heute geht es um die Würde der Nation, um Deutschlands Zukunft, Rettung und Freiheit. In dieser Stunde der höchsten Gefahr ist es für alle deutschen Stämme selbstverständliches Gebot, sich um die Reichsregierung zu scharen und ihr auf ihrem schweren Gange heute zur Seite zu stehen. Das bayerische Volk ist bereit, im Kampfe gegen die Schmach, die französische Herrschaft und Raubgier uns antun will, und in der Zurückweisung des unerhörten Zwanges, der unserm wehrlosen Volke auferlegt wird, mit der Reichsregierung bis zum Letzten durchzuhalten. Heute darf es in allen deutschen Ländern nur eine Losung geben: Deutschlands Zukunft und Gedeih, die Reichseinheit über alles!

## Innere Maßnahmen.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde die innerpolitische und die wirtschaftliche Lage besprochen, wobei der Reichswirtschaftsminister die von der Reichsregierung geplanten Maßnahmen gegen Luxus und Schlemmerei zur Kenntnis gab. Die betreffenden Gesetzentwürfe werden, ebenso wie diejenigen, die sich gegen die Auswüchse im Handel mit edlen und unedlen Metallen richten, den Gesetzgebenden Körperschaften mit größter Beschleunigung zugehen.

## Protest des Reichstages.

Vertrauensbeschluß für die Regierung. (286. Sitzung.) ab Berlin, 13. Januar.

Unter dem Zeichen der auf Halbmaß gesetzten schwarz-rot-goldenen Flaggen auf den vier Ecktürmen des Reichstagshauses stand die von Ernst und Entschlossenheit getragene Protestkundgebung, zu der sich die deutsche Volksvertretung und die Regierung, die Vertreter der Länder und — so viel Raum die Tribünen nur irgend ließen — die Berliner Bevölkerung heute vereinigten. Wenn das deutsche Parlament außer seiner sachlichen geschäftlichen Arbeit der Gesetzgebung auch die höhere moralische Aufgabe hat, an bedeutungsvollen Tagen in Freud und Leid dem Willen und den Empfindungen Ausdruck zu geben, die die Seele des Volkes bewegen, so stand Reichstag und Kanzler heute dieser Pflicht in vollem Maße gerecht geworden. Der Präsident des Hauses, Abg. Löbe, ist im Laufe der Jahre, in denen er sein Ehrenamt verwaltet, zu einem Meister der würdevollen, ergreifenden Rede geworden, der mit dem eindringlichsten Ernst und rückhaltloser Wahrheitsliebe das Wesen einer solchen Schicksalsstunde in kurzen Sätzen trifft und die Hörer so in seinem Bann zwingt, daß heute mitten während seiner Rede ohne irgendwelche äußere Anregung das ganze Haus sich aus innerem Antriebe von den Plätzen erhob und seinen Präsidenten stehend anhörte. Auch dem Kanzler Dr. Cuno merkte man es heute an, wie stark ihm selbst die Tragik der Ereignisse ergriff, über die er sprechen sollte. Weit eindringlicher, mit viel stärkerer, innerer Erregung sprach der sonst so kühl und zurückhaltende Politiker von dem unerhörten Rechtsbruch des Gegners, von der Freiheit und dem Recht, die unser Ziel, und von der Einigkeit, die der Weg zu diesem Ziele sein soll. Wir stehen allein in der Welt, aber gerade deshalb soll der Nachhall dieser im Namen der ganzen Nation gesprochenen Worte, die mehr als Worte, die ein einschneidender Wille sind, im Volke weiter wirken und uns für den Leidensweg, der vor uns liegt, fest zusammenschließen.

## Sitzungsbericht.

Der Beginn der auf 2 Uhr anberaumten Sitzung verdrängte sich einige Zeit, dann eröffnete Präsident Löbe die Sitzung mit einer Ansprache, die von den anwesenden zahlreichen Reichstagsmitgliedern stehend angehört wurde.

## Die Ansprache des Reichstagspräsidenten.

Der Reichstag soll heute Stellung nehmen zu einem empörenden militärischen Gewaltstreik. An die von ihm zunächst betroffenen Landesteile an der Ruhr richte ich die Mahnung, in diesen Tagen mit Festigkeit und Treue, mit Stolz und Würde aufrecht zu stehen, wenn auch äußerlich geknechtet, so doch innerlich frei. Vor der Welt erklären wir, dieser Streik, der geführt wird gegen die Freiheit eines Landes, gegen Freiheit und Recht seiner Bewohner wird seinen Stachel nicht nur gegen uns tragen, sondern gegen alle, die eine ruhige Entwicklung wollen. Er wird die verhängnisvollsten Folgen haben für die Alltagsarbeit. Am Schluß seiner Worte richtete der Präsident an das französische Volk die Mahnung: „Halte ein und mache das Unrecht rückgängig, das ihr gegen uns begangen habt, sonst werdet ihr selbst und eure Nachkommen die Folgen tragen.“

Die Rede des Reichstagspräsidenten wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Es folgten einige geschäftliche Mitteilungen, wobei der Präsident des Hauses auch der zahlreichen Opfer des oberirdischen Grubenunglücks gedachte. Nun erhielt das Wort

## Reichskanzler Dr. Cuno:

Der Kanzler sprach wieder von seinem Platte, nicht von der Rednertribüne. Er schloßerte zunächst unter lebhaften Applausen der Mehrheit des Hauses das bewaffnete Eintreten der französisch-belgischen Besatzungsarmee ins Ruhrgebiet. Dieser bewaffnete Einfall, so früh er fort, der unternommen wurde gegen ein Land und ein Volk, das seine Entlohnung durchgehört hat und friedlicher Arbeit nachging, das nicht daran denken konnte und nicht daran gedacht hat, den bereitgestellten französischen und belgischen Armeen auch nur einen Raum oder ein Gewehr entgegenzusetzen. Unter lebhaftem „Hör, hör!“ wies der Kanzler darauf hin, daß zwei Tage, nachdem diese Armeen bereits in Marsch gesetzt war, die Reparationskommission erst das angebliche schuldhafteste Verhängnis Deutschlands in der Kohlen- und Holzlieferung festgestellt hat. Dieses Vorgehen läßt die französische Regierung auf den Vertrag von Versailles, der vor drei Jahren unterzeichnet wurde, um an die Stelle des Krieges einen festen, gerechten und dauerhaften Frieden zu setzen. Das deutsche Volk hat sich ehrlich bemüht, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit die Vertragsbedingungen zu erfüllen.

Ich frage die Welt, ob jemals ein Volk mehr geübelt hat, mehr hat leiden können, das ganze vier Jahre lang